
Die DKP zu Krieg und Krise

**Für Heizung, Brot,
Frieden – Protest muss
auf die Straße!**



DKP 

Inhalt

Sofortforderungen der DKP gegen Krieg und Verarmung	Seite 3
Der Krieg in der Ukraine	Seite 4
Die NATO will den Krieg	Seite 5
Deutschland und der Krieg in der Ukraine	Seite 5
Deutschland, die USA und die EU	Seite 5
Reaktionärer Staatsumbau	Seite 6
Die Rolle der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung	Seite 7
Die Friedensbewegung	Seite 7
Die Krise des Kapitalismus	Seite 8
Preise steigen – Löhne sinken	Seite 8
Energiepolitik ist Klassenkampf von Oben	Seite 9
Kapitalismus, Krise und Krieg	Seite 10
Für Heizung, Brot, Frieden – Protest muss auf die Straße!	Seite 10

Überarbeitete Auflage, Juni 2023

V.i.S.d.P.: W. Richter c/o DKP-Parteivorstand | Hoffnungstraße 18 |
45127 Essen | Telefon 0201/1778890 | pv@dkp.de | dkp.de

Sofortforderungen der DKP gegen Krieg und Verarmung

Die von Bundeskanzler Scholz (SPD) verkündete „Zeitenwende“ ist ein Programm der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. Über forcierte Inflation, vor allem galoppierende Kosten für Lebensmittel, Heizenergie und Kraftstoffe, stellt die „Zeitenwende“ einen Generalangriff auf die Lebenslage der Arbeiterklasse und der Mittelschichten dar. Sie ist ein Angriff auf den bescheidenen Massenwohlstand, der in den letzten Jahrzehnten erreicht werden konnte und verteidigt werden muss. Ursache ist die Profitmacherei der Konzerne, die durch den Wirtschaftskrieg gegen Russland und China verstärkt wird.

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) wendet sich mit nachfolgenden Forderungen gegen die Politik der Bundesregierung.

Gegen Rüstung und Kriegsvorbereitung

- ★ Keine Waffenlieferungen an die Ukraine!
Keine Ausbildung ukrainischer Soldaten in Deutschland
- ★ Keine Unterstützung des Selenski-Regimes
- ★ Schluss mit der Unterstützung des NATO-Kurses
- ★ US-Atomwaffen raus aus Deutschland.
Auflösung der US-Kommandozentralen in Ramstein, Wiesbaden und Stuttgart
- ★ Einfrieren und Senken der Rüstungsausgaben statt zusätzlich 100 Milliarden Euro Kriegskredite
- ★ Frieden und Zusammenarbeit mit Russland und China!
Stoppt den Wirtschaftskrieg
- ★ Nord-Stream-Pipelines reparieren und in Betrieb nehmen

Gegen Inflation, Sozialraub und Lohndrückerei – für die Sicherung des Lebensstandards

- ★ Preissenkung für Lebensmittel, Strom, Gas, Benzin und Diesel – gesetzliches Einfrieren der Preise auf das Niveau von 2021
- ★ Gebäudeenergiegesetz („Heizungsgesetz“) verhindern – Stadtwerke stärken
- ★ Rechtsanspruch auf eine warme, bezahlbare Wohnung als Teil der Daseinsvorsorge
- ★ Mietenwahnsinn aufhalten – entschädigungslose Enteignung des Wohnungsbestandes von großen Wohnungskonzernen. Heranziehung von vergangenen Profiten zur Instandsetzung von Wohnungsbeständen ohne Mieterhöhung
- ★ Gesetzliches Verbot von Strom- und Gassperren und von Zwangsräumungen
- ★ Aussetzen der CO₂-Steuer
- ★ Finanzierung dieser Maßnahmen durch Steuern auf hohe Vermögen und Gewinne

Die Positionen der DKP zu Krieg und Krise

Der Krieg in der Ukraine hat die Welt an den Rand eines „offenen“ dritten Weltkrieges und eines Atomkrieges geführt. Deutschland steht nicht abseits, sondern unter anderem mit dem Kauf der F35-Bomber zum Erhalt der „nuklearen Teilhabe“ im Rahmen der NATO mittendrin. Deutschland ist Kriegspartei. Der Wirtschaftskrieg gegen Russland und die Erweiterung des Fokus auf China gefährdet industrielle Standorte, belastet Handwerker und Mittelstand und führt in diesem Land zu Massenverarmung und der Zerschlagung der Öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Profiteure von Rüstungsfirmen, wie Rheinmetall, von Energie- und Lebensmittelkonzernen gehen durch die Decke. Die Bundesregierung handelt ohne Rücksicht auf Verluste im Sinne der aggressivsten Kreise des Finanzkapitals.

■ Der Krieg in der Ukraine

Der Krieg in der Ukraine ist ein Stellvertreterkrieg der NATO gegen Russland und zielt darüber hinaus auch auf die Volksrepublik China. Der russische Angriff Ende Februar 2022 war weder die Ursache noch der Beginn dieses Krieges. Seit 1999 erfolgte in nunmehr sechs Etappen die Osterweiterung der NATO. Wortbrüchig kesselte sie die Russische Föderation immer mehr ein. Ebenfalls 1999 zeigten NATO und BRD mit dem Jugoslawienkrieg, dass auch in Europa Regierungen, die nicht nach der NATO-Pfeife tanzen wollen, mit Waffengewalt zu rechnen haben. Der Jugoslawienkrieg war ein Signal an die Russische Föderation.

Durch die NATO und die EU, mit den Vorreitern USA und Deutschland, wurde mit dem Maidan-Putsch 2014 ein Regime in der Ukraine installiert, das die Ukraine mit Hilfe von Faschisten immer mehr für die

NATO öffnete und gegen die Russische Föderation in Stellung brachte. Die Donezker und Lugansker Volksrepublik, deren Bevölkerung diesen Kurs nicht mitmachen wollte, spalteten sich ab. Seit 2014 führt die Ukraine einen blutigen Krieg gegen die beiden Volksrepubliken.

Der Versuch, mit dem Minsk-II-Abkommen Frieden zu schaffen, wurde von der Ukraine hintertrieben. Die Garantiemächte Deutschland und Frankreich taten nichts für die Realisierung. Ende 2022 haben die ehemalige Kanzlerin Angela Merkel und wenig später auch der ehemalige französische Präsident François Hollande offiziell zugegeben, dass es Minsk II nur gab, um der Ukraine Zeit für die Aufrüstung und die faktische Integration in die NATO zu verschaffen. Somit begann der Krieg in der Ukraine spätestens 2014 mit dem Krieg der Ukraine gegen die Volksrepubliken.

Der deutsche Imperialismus verfolgt einen eigenen Großmachtkurs, der sich derzeit aber fast nahtlos in die NATO-Strategie unter Führung des US-Imperialismus einordnet.

Der Krieg wird nicht allein militärisch geführt, sondern auch ökonomisch – mit einem Wirtschaftskrieg in bisher nicht gekanntem Ausmaß. Und er wird politisch geführt – mit Russophobie und Ausschluss jeglicher Diplomatie. Frieden und Verhandlungen wurden und werden durch die aggressive NATO-Strategie torpediert. Zehntausende tote ukrainische und russische Soldaten und zivile Opfer hätten vermieden werden können.

Wir vergessen nicht, dass in der Welt viele Kriege toben, an denen NATO, USA und verbündete Staaten beteiligt sind, ausgerüstet auch mit deutschen Waffen. Das

Ausmaß des menschlichen Leids, der Zerstörung, die Anzahl der Toten sind gewaltig. Diese Kriege zum Beispiel im Jemen und Ländern Afrikas finden in unseren Medien aber kaum Erwähnung. Sie passen nicht in die Propagandaerzählungen rund um den Ukrainekrieg.

Die NATO will den Krieg

Die NATO, allen voran die USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland, befeuern den Krieg mit massiven Waffenlieferungen. Ein möglicher Friedensschluss wurde der Ukraine im Frühjahr 2022 verboten. Die NATO-Länder setzen auf Eskalation statt Diplomatie.

Friedensbemühungen kommen von der VR China, von Ländern Südamerikas (vor allem Brasilien) und von Staaten Afrikas. Diese Friedensinitiativen müssen unterstützt werden, sie sind die Hoffnung, dass es nicht zu einer Ausweitung des Krieges kommt. In unserem Land stehen wir

vor der Aufgabe, Druck zu entwickeln, dass die Bundesregierung den Weg von Hochrüstung und Waffenlieferungen verlässt und diese Friedensinitiativen unterstützt.

Deutschland und der Krieg in der Ukraine

Die BRD ist nicht nur Kriegspartei, sie gehört zu den Kriegsverursachern. Dafür steht – vor Kameras zelebriert – der Schulterchluss des jetzigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier mit Faschisten 2014 auf dem Maidan. Dafür steht die Aussage Merkels, Minsk II nur unterzeichnet zu

haben, um der Ukraine Zeit für Aufrüstung und NATO-Integration zu verschaffen. Den russischen Angriff im Februar 2022 nutzte die Ampel-Regierung unter Olaf Scholz, um mit ihrer „Zeitenwende“ das größte Hochrüstungsprogramm der Geschichte der Bundesrepublik aus der Schublade zu ziehen.

Mit diesem Programm soll Deutschland dauerhaft den drittgrößten Kriegesatz der Welt bekommen – nach den USA und der VR China und vor Russland. Als Führungsmacht in der EU will Deutschland erneut zur



Foto: Peter Köster

Weltmacht greifen und gleichzeitig helfen, die Vormachtstellung des Imperialismus zu verteidigen. Das führt zu einem sich ständig verändernden Verhältnis von Kooperation und Konkurrenz zum US-Imperialismus. Und es führt auch zu Absurditäten wie dem Schweigen zu den Anschlägen auf Nord Stream 1 und 2, die von den USA mindestens toleriert, vermutlich aber durchgeführt wurden.

Deutschland, die USA und die EU

Die Herrschenden in Deutschland, also das Monopolkapital und seine Regierung, wis-



Foto: Peter Köster

sen genau, dass sie in der Konkurrenz mit dem US-Kapital derzeit der kleine Bruder sind. Einen Ausweg sehen sie in Perspektive in der EU – solange sie unter deutscher Führung bleibt. Aktuell ist das übergeordnete gemeinsame Ziel der Stoß gegen die Russische Föderation und die VR China. Dafür wird zunächst eine noch größere Abhängigkeit von den USA, auch im Energiesektor, in Kauf genommen. Begünstigt wird diese Politik durch die Sozialisation vieler handelnden Politiker, die in transatlantischen Netzwerken wie den „Young Global Leaders“ systematisch zu NATO-Freunden erzogen wurden. Dafür steht beispielhaft die grüne Außenministerin Annalena Baerbock.

■ Reaktionärer Staatsumbau

Zur Absicherung des Kriegskurses der Bundesregierung wurde enormer Druck auf Kriegsgegner und Antifaschisten ausgeübt. Mit Hetze und Verleumdung als „Rechte“ und „Putin-Freunde“. Aber auch

mit Gesetzesverschärfungen: Das Zeigen russischer Symbole und Fahnen wurde örtlich verboten, am 8. und 9. Mai beim Gedenken an die Befreiung von Faschismus und Krieg sogar das Zeigen der Sowjetfahne, der Fahne der Befreier. Geschichtsrevis-

ionismus bekam mit der Einstufung der Hungerkatastrophe 1932/33 in der Sowjetunion als Völkermord einen neuen Schub. Mit der Verschärfung des Paragrafen 130 Strafgesetzbuch (Volksverhetzung) und der Anwendung des Paragrafen 140 (Billigung von Straftaten) drohen Kriegsgegnern, die sich dem Narrativ der antirussischen Propaganda nicht beugen, Geld- und Haftstrafen. Die Betroffenen brauchen Öffentlichkeit und Solidarität!

■ Die Rolle der Medien

„Pressefreiheit ist die Freiheit von zweihundert reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten.“ Das sagte der Gründungs-Herausgeber der FAZ Paul Sethe 1965. Seitdem hat sich diese Entwicklung verschärft. Der US-Soziologe Noam Chomsky prägte den Begriff „Konsensfabrik“. Die Medien wirken wie gleichgeschaltet. Nur wenige Medien wie die „junge Welt“, die „Nachdenkseiten“ oder die UZ, die Wochenzeitung der DKP, entziehen sich der Kriegshetze. Russische

Medien wie RT werden zensiert. Bürgerliche Journalisten recherchieren nicht einmal mehr bei offensichtlichen Unstimmigkeiten wie der Sprengung der Ostsee-Pipelines Nord Stream 1 und 2. Kritische Stimmen oder Stimmen der Vernunft werden verrissen. Seit Jahren arbeitet die NATO an der Verbesserung ihrer „strategische Kommunikation“ (StratCom). Eine Konferenz in Essen widmete sich 2015 ausschließlich diesem Thema.



Foto: Peter Köster

■ Die Rolle der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung

Wenn es darum geht, soziale Sauereien durchzusetzen oder Tabus zu brechen, sind SPD und Grüne in Regierungsverantwortung nützlich für das Monopolkapital. Das galt bei der Beteiligung am Jugoslawienkrieg ebenso wie bei der Durchsetzung der Agenda-Gesetze, dem schärfsten Angriff auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse nach 1945. In dieser Krise ist es die Ampel unter Einbeziehung der FDP und in wesentlichen Fragen mit Unterstützung der CDU/CSU.

Mit einer solchen Regierung kann es gelingen, die Gewerkschaftsbewegung ruhig zu halten und große Teile der Arbeiterbewegung in den Kriegskurs und das Abwälzen der Kriegs- und Krisenlasten auf die Werktätigen einzubinden. Das ist, Stand heute, weitgehend gelungen. Große Teile der Gewerkschaften verteidigen den NATO-Kurs, sind für Waffenlieferungen an die Ukraine, kritisieren die deutsche Hochrüstung nur mäßig und stützen den Wirtschaftskrieg gegen Russland trotz der sozialen Verwerfungen, die sie verursachen.

Die in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts mühsam erkämpfte weitgehende Zusammenarbeit von Arbeiter-, Gewerkschafts- und Friedensbewegung ist derzeit zurückgedrängt. Sie ist aber eine strategische Voraussetzung für die Wirksamkeit der Friedensbewegung.

■ Die Friedensbewegung

Ein wichtiger Teil der Friedensbewegung, der Bundesausschuss Friedensratschlag, ließ sich durch die Turbulenzen, die mediale Gleichschaltung und russophobe Dauerbeschallung nicht von der klaren Analyse abbringen, dass die Gefahr eines dritten Weltkriegs, eines Atomkriegs, von der aggressiven NATO-Politik und dem darin integrierten deutschen Großmachtsanspruch ausgeht. Es wurde Kurs gehalten gegen die „Zeitenwende“ der Ampelkoalition und deren Hochrüstung. Es besteht Einigkeit im Kampf gegen die neuen F35-Bomber, die nukleare Teilhabe und die Modernisierung der in Büchel lagernden Atombomben sowie die Stationierung der Hyperschallwaffen Dark Eagle.

■ Die Entwicklung der Linkspartei

Die Linkspartei war über Jahre ein verlässlicher Partner in den Parlamenten der Bundesrepublik gegen NATO-Politik und Hochrüstung, gegen die Aggression gegen die Russische Föderation und die VR China. Das wird derzeit mit großem Tempo durch führende Teile der Linkspartei verändert, Friedenspositionen werden entsorgt. Die Partei dient sich der herrschenden Politik an, die man nur gerne ein bisschen sozialer hätte. Dem dient auch die politische Orientierung, die soziale Frage von der Frage der Hochrüstung und dem mit Sanktionen geführten Wirtschaftskrieg zu trennen.

■ Die Krise des Kapitalismus

Wir erleben eine der größten Wirtschaftskrisen seit Bestehen der Bundesrepublik. Sie wurde zunächst durch die Corona-Pandemie, dann durch den Wirtschaftskrieg gegen Russland und die gewaltige Hochrüstung verstärkt. Weder Corona noch der Ukrainekrieg haben die Krise verursacht. Sie begann im Herbst 2019 als kapitalistische Überproduktionskrise, die durch strukturelle Krisenmomente unter anderem in der Automobilindustrie verstärkt wurde. Diese Krisenmomente sind nichts anderes als Ergebnis des Kapitalismus.

Kapitalismus ohne Krise ist unmöglich. Das Gerede von der Corona-Krise diente dazu, von dieser Tatsache abzulenken und um die Lasten der Krise auf die Arbeiter, Angestellten, Rentnerinnen und Rentner, Arbeitslosen und Kleingewerbetreibenden, die Schülerinnen und Schüler, die Studentinnen und Studenten abzuwälzen.

■ Preise, Profite und Staatseinnahmen steigen – Löhne sinken

Die Preise für Energie und Lebensmittel und im Gefolge für Mobilität und Daseinsvor-

sorge steigen immens. Auch hier gilt, die Erhöhung der Energiepreise begann lange vor dem russischen Angriff auf die Ukraine. Die Preissteigerungen werden aber durch den Wirtschaftskrieg gegen Russland und unter anderem den Import von teurerem und umweltschädlicherem Flüssiggas verstärkt. Die Inflation, also die Preissteigerung, dient der Umverteilung zu Gunsten der Konzerne und des Staates, der damit unter anderem seine horrenden Ausgaben für Hochrüstung finanziert.

Viele Handwerksbetriebe und Kleingewerbetreibende gehen an den gestiegenen Preisen kaputt. In der Folge steigt die Arbeitslosigkeit und weitere Bereiche der Wirtschaft werden großen Konzernen und Handelsketten zum Fraß vorgeworfen. Auch öffentliche Unternehmen wie Stadtwerke und Krankenhäuser sind von der Inflation betroffen. Die Folge ist eine neue Welle der Privatisierung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge.

Gleichzeitig steigen die Gewinne von Energiekonzernen, Rüstungsschmieden und Handelsketten gigantisch. Wenn ein Unternehmen wie Uniper durch den Wirtschaftskrieg ins Trudeln gerät, wird es im Gegensatz zu den Krankenhäusern gerettet. Auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger. Dann ist Verstaatlichung, die die Kapitalisten und ihre Regierung normalerweise als kommunistisches Teufelszeug brandmarken, plötzlich kein Problem mehr. Sie dient dann der Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung.

Steigen die Preise, steigen auch die Steuereinnahmen. Damit kann der Staat dann seine sogenannten Rettungspakete finanzieren, die eher Almosen gleichen. Sie reichen bei weitem nicht aus, um die Mehrausgaben auszugleichen, dennoch wirken sie beruhigend.

Die Gewerkschaften sind oft ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden und



Foto: DKP Stuttgart

haben in den Tarifrunden der Chemie- und der Metall- und Elektroindustrie Ergebnisse unterhalb der Inflation abgeschlossen und Reallohnverlusten zugestimmt. Statt Protest zu organisieren, haben sie sich auf eine konzertierte Aktion mit dem Kanzler und dem Monopolkapital eingelassen. Die DGB-Chefin Yasmin Fahimi macht sich in einer Zeit, in der immer mehr Menschen hungern und frieren, Sorgen um Boni-Zahlungen an Aktionäre.

■ Energiepolitik ist Klassenkampf von Oben

Das deutsche Monopolkapital und seine Regierung wissen genau, dass die neue Abhängigkeit vom amerikanischen Flüssiggas im Konkurrenzkampf mit dem US-Imperialismus ein Rückschlag ist. Wegen des gemeinsamen Kampfes gegen Russland und China nimmt man das als Übergang hin. Ihr Aus-

weg ist, dass wir, die Arbeiter, Angestellten, Arbeitslosen, Rentnerinnen und Rentner, die Handwerker und das Kleingewerbe die sogenannte „Energiewende“ bezahlen. Das steckt hinter den Gesetzen zum Heizungsumbau wie hinter den horrenden Preiserhöhungen für Energie und Mobilität.

Habecks Heizungspläne versprechen Konzernen wie Rheinmetall, die seit kurzem im Wärmepumpen-Geschäft aktiv sind, riesige Profitmöglichkeiten. Gleichzeitig werden die mit öffentlichen Mitteln aufgebauten Gasnetze entwertet und kommunale Stadtwerke in Bedrängnis gebracht.

Die DKP fordert seit Langem das gesetzliche Einfrieren der Energiepreise auf dem damaligen Stand von Juni 2021, also bevor die jetzigen Preissteigerungen begannen. Auch der rasante Anstieg von Mieten, sei es durch die sogenannte Modernisierungumlage oder durch das Straucheln der auf

höchstmögliche Gewinne spekulierenden Wohnungskonzerne, muss gestoppt werden. Dafür braucht es einen öffentlichen Wohnungsbestand und den Rechtsanspruch auf eine warme, bezahlbare Wohnung.

Kapitalismus, Krise und Krieg

„Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen“, das wusste der französische Sozialist Jean Jaurès schon 1914. Das gilt erst recht seit der Herausbildung des Imperialismus und der imperialistischen Konkurrenz.

Deswegen sagen wir Kommunistinnen und Kommunisten:

Wer die Ursache von Krisen und Krieg dauerhaft beseitigen will, muss für die Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus kämpfen. Ein Anfang wurde 1917 in Russland gemacht. Die Zerschlagung des Sozialismus in der Sowjetunion, der DDR und den anderen sozialistischen Ländern in Europa war eine tiefe Niederlage. Allerdings hat die damalige Existenz eines starken sozialistischen Lagers auch bewiesen, dass sie ein Kräfteverhältnis herbeiführen kann, das dem Imperialismus Schranken setzt. Schranken in seiner Fähigkeit, schwache Länder militärisch, ökonomisch und politisch zu unterdrücken, und Schranken, was das Abwälzen der Lasten der kapitalistischen Krisen auf die Werktätigen angeht. Die Existenz der sozialistischen Länder hat vor allem gezeigt: Ein Leben in Frieden und sozialer Sicherheit, in der alle Menschen das Recht auf Arbeit, Bildung und Gesundheit und eine Wohnung haben, ist möglich. Auch daran erinnern wir 100 Jahre nach der Gründung der Sowjetunion.

Für Heizung, Brot, Frieden – Protest muss auf die Straße!

Die große Mehrheit der Menschen in unserem Land leidet unter der Abwälzung

der Kriegs- und Krisenlasten. Millionen Menschen wollen Frieden und Abrüstung, sind gegen die gewaltige Hochrüstung, gegen Waffenlieferungen, die den Krieg verlängern, gegen die NATO-Aggression. Immer mehr Menschen erkennen, dass der Wirtschaftskrieg zu ihren Lasten geht. Millionen wollen Frieden mit Russland und China.

Solange sich diese Menschen aber nicht zusammenschließen und ihren Protest als Bewegung auf die Straße tragen, werden die Herrschenden, das Monopolkapital und seine Regierung, von ihrer Politik nicht ablassen.

Wir brauchen eine breite Friedensbewegung, wir brauchen breite Bewegung im sozialen Abwehrkampf, eine Bewegung für Heizung, Brot und Frieden. Die notwendige Breite wird bedeuten, dass diese Bewegung keine linke Bewegung sein wird. Linke, Marxisten, Kommunistinnen und Kommunisten werden darin um ihre Ideen und Lösungsvorschläge kämpfen müssen. Wir werden darauf beharren, dass die Frage, wem die Banken und Fabriken gehören, eine entscheidende ist – wir werden das aber nicht zur Eintrittskarte in diese Bewegung machen. Wir werden dabei auf Menschen treffen, die meinen, dass nur die deutschen Interessen vertreten werden müssten, dann würde schon alles gut. Richtig daran ist: wenn die Politik sich von den Interessen aller Menschen, die in Deutschland leben, leiten ließe, dann müsste es eine Friedenspolitik, eine Politik gegen Wirtschaftskrieg, Hochrüstung und Waffenlieferungen sein.

Wenn „deutsche Interessen“ so verstanden werden, dass es nur um die Interessen derer geht, die deutscher Herkunft sind, dann dient das der Spaltung der Bewegung und ist mit uns nicht zu machen.

Deswegen kann es keine Zusammenarbeit mit rassistischen, nationalistischen und

faschistischen Organisationen geben. Wir erkennen, dass Menschen glauben, dass sie gegen Kapital und Regierung handeln würden, wenn sie solche Organisationen, z.B. die AfD, unterstützen oder wählen. Wir kämpfen darum, diesen Menschen deutlich zu machen, dass sie damit ihren eigenen Interessen schaden, weil diese Organisationen und Parteien nur die Spaltung des Widerstands betreiben.

Die Herrschenden wollen verhindern, dass wir uns gemeinsam wehren. Dafür versuchen sie uns mit Zuckerbrot und Peitsche zu spalten. Zuckerbrot sind ihre sogenannten Hilfspakete, die wir selbst bezahlen und die gegenüber den gestiegenen Preisen nicht mehr als ein Trostpflaster sind. Die Peitsche ist das Bürgergeld. Ein neuer Name für Hartz IV, aber es bleibt dabei: Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel. Im Kern geht es aber darum, uns in Angst zu halten, uns gefügig zu machen. Wenn du nicht spurst, wirst du arm. Die ideologische Peitsche ist die Diskriminierung der Proteste als „Geschwurbel“, als „verschwörungstheoretisch“, als „rechts“.

Wenn wir sagen, dass hinter der Politik der Bundesregierung die Interessen der NATO-Imperialisten und des Großkapitals in Deutschland stecken, dann ist das keine Verschwörungstheorie, sondern die Wahrheit. Wenn wir sagen, dass sich alle Menschen in Deutschland gemeinsam wehren müssen, weil die Politik der Bundesregierung die Interessen der Menschen in Deutschland verrät, dann ist das nicht „rechts“, sondern die Wahrheit. Wenn wir sagen, dass Waffenlieferungen, Hochrüstung und Wirtschaftskrieg keinen Frieden schaffen, dann ist das kein „Geschwurbel“, sondern die Wahrheit.

Deshalb fordert die DKP:

- ★ **Löhne rauf – Preise runter!**
- ★ **Gesetzliche Senkung der Energiepreise auf das Niveau von Juni 2021!**
- ★ **Streichung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel und Energie!**
- ★ **Stoppt den Wirtschaftskrieg – Nord-Stream-Pipeline wiederherstellen und in Betrieb nehmen!**
- ★ **Frieden mit Russland und China!**
- ★ **Stoppt Hochrüstung und Waffenlieferungen! – Stattdessen Verhandlungen über ein System der kollektiven Sicherheit, das die Interessen aller berücksichtigt!**
- ★ **Atomwaffen raus aus Deutschland!**
- ★ **NATO raus aus Deutschland – Deutschland raus der NATO!**

**Löhne rauf –
Preise runter!**

**Wirtschaftskrieg
und Aufrüstung
stoppen!**

**Raus aus
der NATO**

DKP

unsere-zeit.de

MSRP: Werra-Beitrag der DKP, Heftnummer: 18, 45 127 Essen

